

Blockierte Verhältnisse: Umweltbewegung und Gesundheitsförderung

Gerda Pfahl und Eberhard Göpel

Bisher sprang kein Funke über zwischen Gesundheitsförderung und Umwelt.

Gesundheitsförderung konnte sich bisher in der Umweltbewegung nicht durchsetzen. Es entstanden keine integrierten Programme, mit deren Hilfe Gesundheit und Umwelt (ökologische Gesundheitsförderung) sich in der Umweltbewegung ausbreiten konnten. Der Graben ist tief zwischen beiden Themen. Verhalten und Verhältnisse, Lebensweise und Lebens(um)welt kommen nicht zusammen. Umwelt und Gesundheit zu verbinden ist so schwer, in den Köpfen scheint eine Barriere zu sein. Es sind blockierte Verhältnisse.

Integrierte Programme müssen auf die klassischen Themen der Umweltbewegung erst noch eingehen, die Umweltbewegung muss sich mit den Zielen der Gesundheitsförderung beschäftigen. Die verschiedenen Programme wie Gesunde, Soziale und Nachhaltige Stadt müssen wirksam vernetzt werden. Dazu bedarf es des politischen Willens und der Schaffung von lokalen und regionalen Rahmenbedingungen, von strukturellen und räumlichen Orten.

Erst wenn die blockierten Verhältnisse aufbrechen, kann sich das Laien-Potential der Umweltbewegung für Gesundheitsförderung öffnen.

Gesundheitsförderung kein Thema für die Umweltbewegung

Gesundheitsförderung konnte sich bisher in der Umweltbewegung nicht durchsetzen.¹ Es entstanden keine integrierten Programme, mit deren Hilfe Gesundheit und Umwelt (ökologische Gesundheitsförderung) sich in der Umweltbewegung ausbreiten konnten. Die "klassischen" Betätigungsfelder des Umweltschutzes werden nach wie vor nebeneinanderher bearbeitet, ohne dass - im

Sinne des zukunftsfähigen Deutschlands (1) - dessen Leitbilder für eine Entwicklung von Querschnittsthemen gesorgt hätten. Gesundheitsförderung wird von der Laien-Mitgliederbewegung nicht als Chance begriffen, Umwelt mit Gesundheit neu einzukleiden und so eine zukunftsfähige Lebensweise zu entwerfen und mehrheitsfähig zu machen. Gesundheit und Wohlbefinden gelingt es nicht, in den klassischen Umweltthemen wirksam zu werden.

Dabei steht dies eindeutig im Widerspruch zu den Wünschen und Absichtserklärungen der Umweltverbände:

- "Gesundheit und Umwelt gehören für den BUND immer schon zusammen" (Bundesvorsitzender Weinzierl, BUND Juli 1996)
- "Aktivitäten zu Gesundheit und Umwelt sind längst überfällig" (Röscheisen, DNR Frühjahr 2002),
- Beschluß der BUND-Bundesdelegiertenkonferenz 1997, die Ottawa Charta zu einer Grundlage seiner zukünftigen Arbeit zu machen, blieb ohne Auswirkung im BUND.

Kontakt:

Prof. Dr. med. Eberhard Göpel
FB Sozial- und Gesundheitswesen
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

Korrespondenzadresse:
Dipl.-Ing. Gerda Pfahl
Erste Kreisbeigeordnete a.D.
Am Weinberg 7
36251 Bad Hersfeld
E-Mail:gerda.pfahl@epost.de

¹ Dies muss nach acht Jahren Bemühungen der Autorin im BUND Arbeitskreises (AK) Gesundheit festgestellt werden.

Es liegt demnach nicht am guten Willen, dass kein Platz für Gesundheitsförderung da ist. Der gute Wille allein reicht jedoch nicht aus, um Gesundheitsförderung in einem Umweltverband zum Erfolg zu machen. Der Umweltbewegung fehlt die Kraft, über verbale Willenserklärungen hinaus zu gehen. Das Denken ging bisher nicht über die umweltmedizinische Seite hinaus, d.h. es blieb bei den Belastungen und der Krankheit. Der Karren Gesundheitsförderung und Ökologie ist offenbar zu schwer, um ihn ohne starke Pferde und ohne Kraftfutter voranzubewegen.

Auch der breit bekannt gemachte BUND-WELEDA-Preis zu Umwelt und Gesundheit, bei dem zwei Projekte im Oktober 2002 mit der stattlichen Summe von 45.000 € ausgezeichnet wurde, konnte beispielsweise die Untergliederungen des BUND nicht erreichen.² Es kamen zwar etwas über hundert Bewerbungen, jedoch keine Projekte, in denen Gesundheit und Umwelt gleichermaßen Thema war. Es fehlten Bewerbungen, die auf Konzepten der WHO beruhten. Das geplante Ziel, lokale Praxismodelle zusammenzutragen, wurde nicht erreicht.

Das Problem ist nicht BUND-spezifisch, sondern generell wirkt bei den Umweltverbänden, aber auch bei den umweltmedizinischen Verbänden, Gesundheitsförderung nicht ansteckend. Es liegt nicht nur daran, daß keine Ressourcen vorhanden sind, weder personell noch finanziell.³ *„Deutschland ist bei Umwelt und Gesundheit ein weißer Fleck“*, wie dies Klein von der WHO ausdrückte.⁴

Tiefer Graben zwischen Umwelt und Gesundheitsförderung

Offensichtlich gibt es einen tiefen Graben zwischen beiden Themen, über den keine Brücke führt. Der Schutz und die Förderung der menschlichen Gesundheit könnte eine Brücke zwischen dem Verhalten und den Verhältnissen, zwischen der Lebensweise und der Lebens(um)welt sein (siehe Abb. 1).

Wie auch andere konfessionelle Großorganisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien), werden auch die Umweltverbände - als Verband der Umwelt-Konfession - in ihren gegenwärtigen Strukturen in zunehmende Probleme geraten, die sich individualisierenden Motivlagen der Mitglieder zu integrieren und zu aktivieren.

Das überwiegend christlich motivierte Engagement für die Erhaltung der Natur als Schöpfung Gottes verliert mit zunehmender Säkularisierung und Verwissenschaftlichung der Weltdeutung

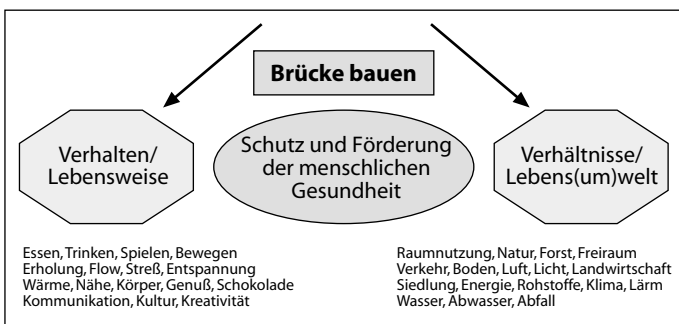


Abb. 1: Gesundheit als Brücke zwischen Lebensweise und Lebens(um)welt (18)

an Überzeugungskraft. Es tritt deutlicher ins Bewusstsein, dass wir uns in einer Welt bewegen, die von Menschen gestaltet und verwertet wird und in der der Bereich des Heiligen schwindet, wie am Beispiel Gentechnologie deutlich gemacht werden kann. „Natur“ als Fixpunkt und eigenwertiges Gegenüber zu „Technik“ und „Kultur“ verliert ihre kritische Orientierungsfunktion, da sie in ihren heutigen Formen in hohem Maße bereits selbst Produkt menschlicher Tätigkeit und Einwirkung ist. Auch „Natur“ wird damit zunehmend zu einer kulturellen Erfindung von Menschen, der die transzendente Essenz abhanden kommt. Natur verliert damit ihren gesellschaftlich stabilisierenden Eigenwert und wird kontingent - d. h. sie könnte so oder auch anders sein. Diese Frage wird auch auf die Deutung von „Menschsein“ übergreifen und die Diskussion um die Entwicklung „transhumaner“ Wesen hat in den USA bereits begonnen.

Für eine konfessionelle, oppositionelle Bewegung fehlt zunehmend das einigende oppositionelle Gegenüber. Weder ist „das Gute“ noch „das Böse“ eindeutig zu identifizieren und Personen in vermuteten Machtpositionen erklären sich zunehmend als hilf- und machtlos und sind es vermutlich häufig auch.

Der Protest kommt dann als Echo zurück: Macht es doch besser - wir wissen auch nicht weiter!

In den Köpfen verbreitet sich die Einsicht, dass wir in hohem Maße selbst verstrickt sind in törichten, ausbeuterischen, oberflächlichen, zerstörerischen, ungerechten und wahnsinnigen Lebensmustern und uns daraus nicht einfach entfernen können.

Spenden-Abläss und symbolische Gut-Taten besänftigen zwar einige Mitglieds-Gemüter - aber überzeugend im Kontext der wahrgenommenen Zusammenhänge sind sie kaum noch und darin liegt eine zunehmende Schwäche des Umwelt-Engagements und der gegenwärtigen Verbandsarbeit der Umweltverbände.

Babylonische Sprachverwirrung

Gesundheit und Umwelt spielt sich hauptsächlich ab in den großen Themenbereichen des Verhaltens und der Verhältnisse, wobei Verhalten Verhältnisse voraussetzt. Präventive Maßnahmen sollen zwar verstärkt werden, wozu mit tatkräftiger Mithilfe des Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) ein eigenes „Forum für Gesundheitsförderung und Prävention“ gegründet wurde. Aus diesem blieb das Umweltthema (und die Umweltverbände) aussen vor und mit ihnen die große Themenpalette der Verhältnisse.

Das Thema „Verhalten“ wird durch verschiedene Kapazitäten abgedeckt wie z.B. die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) und die Bundesvereinigung bzw. die Landesvereinigungen für Gesundheit. Auch das Wort „Umwelt“ wird in der Gesundheitsdiskussion unterschiedlich gebraucht. Manchmal ist die soziale Umwelt, manchmal die natürliche/ physische Umwelt, manchmal die krankmachende Umwelt, manchmal wird das

2) Preisträger waren Baukonzept HolzHausplus und Gesundheitszentrum Marbachshöhe

3) Immerhin förderte des BMGS 2002/3 im Rahmen des Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) das Netzwerks Kindergesundheit und Umwelt, das u.a. umweltmedizinische Leitlinien für Kinderärzte und ein Curriculum „Präventionsassistentin“ erstellte und erprobte.

4) G. Klein bei der Eröffnung des Regionalbüros Bonn der WHO Europa im Oktober 2001

Verhalten der Menschen gemeint oder es folgt nichts weiter, das Umwelt beschreibt.

Wenn andererseits von „Gesundheit“ die Rede ist, ist zunächst zu klären, ob nicht eher der Begriff „Krankheit“ gemeint ist. Im öffentlichen Bewußtsein ist ein anderes Verständnis des Wortes Gesundheit entstanden (2). Es entsteht der Eindruck, dass Gesundheitsbewegte inzwischen eine andere Sprache reden als Umweltbewegte. Es scheint wie in der Babylonischen Sprachverwirrung, dass die Kommunikation aneinander vorbei geht.

Nebeneinanderher

Zur Zeit sind die Handlungsfelder zu Gesundheit im Wesentlichen beschränkt auf Verhaltensprävention und Gesundheitserziehung. Handlungsfelder zu Umwelt, insbesondere auf die städtische Umwelt bezogen, beschränken sich auf Gefahren und Gefahrenabwehr sowie Umwelterziehung. Ziel ist die nachhaltige Stadt oder die gesunde Stadt, die jeweils nicht integriert arbeiten. Z.B. sind Münchens ökologische Leitbilder: „kompakt - urban - grün“. Gleichzeitig ist München Gesunde Stadt.

Tagungen zu Gesundheit werden nicht von der Umweltbewegung besucht, Tagungen zu Nachhaltigkeit finden keinen Widerhall in der Gesundheitsbewegung. Es ist ein Nebeneinanderher bis Aneinandervorbei. Ein tiefer Graben liegt zwischen Umwelt und Gesundheit (siehe Abb. 2).

Blockierte Verhältnisse

Der Begriff Umwelt im Kontext zu Gesundheit ist mehr als schwammig. Dies ist vor allem bezogen auf das Thema Verhältnisse zu vermerken, die eher Stiefkinder in der Gesundheitslandschaft sind. Das Wort Verhältnisse wird obendrein in unterschiedlicher Terminologie benutzt.

Zu den Verhältnissen gehören Themen wie Wasser, Immissionen, Verkehr, Landwirtschaft, Energie, Klima, Wald, Boden, die Stadt und das Dorf. Sie sind das klassische Aufgabenspektrum der Umweltbewegung. Sie werden oftmals eng nur mit gesundheitlichen Belastungen verbunden. Die Brücke zu den Leitbildern des „Zukunftsfähigen Deutschland“, in denen dem Sinne nach gesundheitsfördernde Verhältnisse und eine gesunde Lebensweise proklamiert werden. Leitbilder wie „Gut leben statt viel haben“, „langsamer, weniger, schöner“ und „Rechtes Maß für Raum und Zeit“ weisen für Lebensweise und Lebens(um)welt eine gute, gesunde Zukunft. Diese integrierten Themenstränge wurden bislang allerdings kaum aufgegriffen.

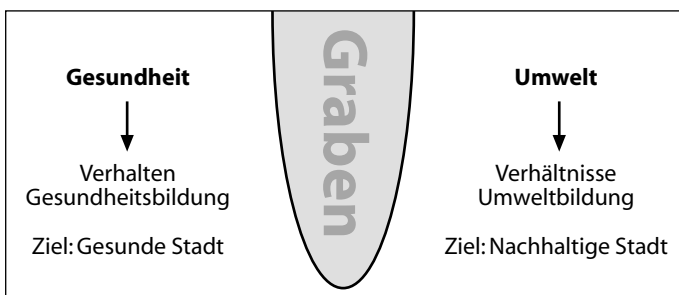


Abb. 2: Ein Graben trennt „Gesundheit“ und „Umwelt“

Verhalten und Verhältnisse, Lebensweise und Lebens(um)welt kommen nicht zusammen. Umwelt und Gesundheit zu verbinden ist so schwer, in den Köpfen scheint eine Barriere zu sein. Es sind blockierte Verhältnisse. Diese Thematik ist in einer Vielzahl von Publikationen beschrieben, wobei die Protagonisten und Zusammenhänge unterschiedlich sind, z.B. Parteien und Verbände (3), Mensch und Gesellschaft (4, 5), katholische Kirche (6), Bundesregierung (7).

Was gesund erhält, müßte ins Blickfeld der Umweltbewegung

Es geht bei Gesundheit und Umwelt um mehr als den umweltbezogenen Gesundheitsschutz, der nach Fehr drei Hauptziele verfolgt:

- bereits eingetretene Gesundheitsschäden zu erkennen und zu beheben
- aktuelle umweltbedingte Gesundheitsgefährdungen auszuschalten oder zu mindern
- künftige Gesundheitsgefährdungen durch präventive Maßnahmen zu vermeiden (8).

Dabei müssten präventive Maßnahmen näher beschrieben werden durch den Dreiklang, der bei einem Treffen des Bündnis Umwelt und Gesundheit erarbeitet wurde.⁵

Umweltmedizin - Salutogenese - Partizipation

Umweltverbände dürfen sich nicht auf die umweltmedizinische Seite von Gesundheit und Umwelt sowie den Themenkatalog nicht auf die Noxen der Lebensbereiche (Ernährung, Wohnung, Haushalt, Verkehr und Transport, Abfallwesen) beschränken (8). Sie sollten nicht zu medizinischen Verbände werden, sondern besser auf deren Fachwissen in der Zusammenarbeit und bei Doppelmitgliedschaft zurückgreifen.

Eine stärkere Betonung und Ausformung müßte bei ökologischer Gesundheitsförderung die Lebensweise und die Lebens(um)welt im Sinne der Salutogenese erhalten. Nicht nur das, was krank macht, sondern das, was gesund erhält, müßte mehr ins Aktionsfeld der Umweltbewegung treten.

Gegenüber stehen sich:

krank sein/gesund werden ↔ gesund bleiben/gesund sein

Mit diesem Themenbereich können die Laien-Mitglieder angesprochen und einbezogen werden. Mit den Laienerfahrungen des Alltags zu Gesundheit können Mitglieder sich mit neuen Argumenten in Beteiligungsverfahren einschalten, denn es sitzen bei Planungen zur Autobahn keine Gesundheitsfachleute mit am Tisch. Laien aus der Umweltbewegung können vorbringen: „Lärm macht krank. Wir wollen die Ruhe schützen“ „Die Straße gefährdet uns mit Unfällen. Wir wollen, daß unsere Angehörigen abends gesund wieder nach Hause kommen.“ „Bewegungsmangel macht krank. In dem Bebauungsplan fehlt der Bewegungsraum für unsere Kinder, für uns selbst und zum Radfahren“.

5) Am 4.11.2000 in Bielefeld

	<i>Ergänzen: plus</i>
Nachhaltige Stadt	+ Ottawa + Soziale Stadt
Gesunde Stadt	+ Rio
Soziale Stadt	+ Ottawa
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit	Partizipation + Ottawa + Rio + Soziale Stadt

Abb. 3: Synergien ergänzen (nach 10)

Integrierte Programme

Die bisherigen Programme laufen nebeneinander und sind nicht integriert im Sinne der Ottawa Charta: der nachhaltigen Stadt fehlen die Vorschläge von Ottawa und die Ideen der Sozialen Stadt. Bei der Gesunden Stadt müssten die Agenda 21 von Rio stärker werden. Zur sozialen Stadt müsste Ottawa mit den Konzepten der Setting und der Gesundheitsförderung hinzukommen. Beim Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit müsste vor allem die Partizipation an der jeweils gesunden, nachhaltigen oder sozialen Stadt und die Förderung der Gesundheit (APUG) hinzukommen (9). Themen für integrierte Konzepte sind z.B. Bewegungsförderung (Bewegungsraum und Sport der kurzen Wege), der Ruheschutz oder die Vision Zero (Vermeidung von Toten und Schwerstverletzten bei Unfällen). Integrierte Ansätze aus dem Querschnitt der Einzelbereiche wären hilfreich, um neue Schritte zu entwickeln. Die Blockiertheit behindert dies jedoch.

Unfälle thematisieren

Unfälle bleiben in der Umweltbewegung und bei Gesundheitsförderung außen vor, es ist eher der Verkehrslärm Thema. Klein nennt es den "Blutzoll auf den Straßen", den sich keine Gesellschaft auf Dauer leisten könne. *"Deutschland als dichtbesiedeltes, von urbanen Verdichtungsräumen charakterisiertes Transitland in der Mitte Europas (und als Sitz vieler bedeutender Fahrzeugproduzenten) hat einzigartige Voraussetzungen und eine einzigartige Verantwortung, mit Mitteln des Marktes und der Kommunikation verbindliche Regeln für ein friedliches Zeitalter auf Europas Straßen vorzubereiten"* (11).

Weder in der Umweltbewegung noch in der Gesundheitsbewegung sind Unfälle gesundheitsbezogenes Thema oder Inhalte von Kampagnen. Das Bündnis Umwelt und Gesundheit hat es in seiner Stellungnahme zum Aktionsplan Umwelt und Gesundheit für die europäische Londonkonferenz 1999 zwar formuliert, Einzelthemen wie Nichtraucher, Elektromog oder Amalgam fanden eher Anklang als Tätigkeitsfelder als das komplexe Querschnittsthema Mobilität (12).⁶

So lässt sich nicht leugnen, dass die Menschen zwar über den Lärm als Opfer klagen, aber gleichzeitig aktiv als Täter an der Lärmerzeugung beteiligt sind. So führt der Wunsch nach Konsum "just in time" zu einer zusätzlichen Verkehrserzeugung, die nicht von den Transporteuren gewollt ist. Eine Auslieferung von gesamten Bestellungen z.B. von Kühlschränken wäre ihnen lieber und würde weniger Verkehr erzeugen. Ebenso führt die Konzen-

tration von Läden zu mehr Verkehr, in dem jede und jeder mit dem eigenen PKW zum Einkaufen fährt.

Der Unterschied zum Vorgehen bei Umweltthemen nach der Ottawa Charta ist der Gruppenprozeß. Es werden nicht eine etwa Werbetafeln an der Straße aufgestellt (wie zur Kampagne 2002 der Verkehrswacht "Eile tötet", bei der Menschen mit der Tafel konfrontiert werden), sondern die Ottawa Charta stößt in Settings wie einem gesundheitsfördernden Betrieb einen sozialen Prozess an und ermöglichen ein anderes Mobilitätsverhalten.

Wenn es schon nicht die Programme und großen Strukturen schaffen, integriert zu arbeiten, kann dann ein ehrenamtlicher Verein dies leisten? Brauchen wir nicht nur eine integrierte Gesundheits- und Umweltberichterstattung (13), eine integrierte Stadtentwicklung (14), sondern auch integrierte Umwelt-Gesundheitsverbände? Ist es überhaupt leistbar, mitgliederorientierte Verbände zu schaffen, die sich ganzheitlich mit einer zukunftsfähigen Entwicklung beschäftigen? Zimmermann und Trojan sprechen lieber von kommunaler statt von integrierter Gesamtpolitik (13).

Wie werden die Voraussetzungen geschaffen, daß das Ziel einer gesundheitsfördernden kommunalen Gesamtpolitik angepackt wird?

Hohe Erwartungen an die Umweltverbände

An die Umweltverbände als Nichtregierungsorganisationen (NRO) werden hohe Erwartungen gestellt, was Gesundheit und Umwelt sowie eine zukunftsfähige Lebensweise betrifft.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen schreibt in seinem Umweltgutachten 1996 den Umweltverbänden eine bedeutende Rolle für die Operationalisierung des Leitbilds einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung zu: *"Aufgrund ihrer Öffentlichkeitsorientierung vermögen die Umweltverbände eine bedeutende Rolle bei der Ausbildung eines Ethos integrierter Verantwortung zu übernehmen."*

... Es genügt zweifelsohne nicht mehr, Aufklärungsarbeit über ökologische Zusammenhänge und Gefahren zu leisten. Vielmehr geht es verstärkt darum, den Erwerb sozialer und kommunikativer Kompetenz zu fördern." (15).

Auch die Oberbehörden und Bundesministerien BMG/BMU fordern im Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) von den Umweltverbänden, *"ihre Rolle als Vermittler und Meinungsbildner in der Gesellschaft stärker wahrzunehmen"* (16). Auf die Anmerkung vom BUND, dass dazu in keiner der NRO Personal vorhanden sei, um dieser Aufforderung nachzukommen, hielt man unverblümt dem BUND vor, das sei dann ein Problem des Vorstandes.

6) Kürzlich startete der Verkehrsclub Deutschland (VCD) seine Kampagne Vision Zero, die bereits in Schweden und Österreich läuft. Sie greift Unfälle auf, wobei noch unklar ist, in wieweit in Deutschland partizipative Prozesse dazu geplant sind. Auch ein neues Lärmprojekt des BUND, das den Ruheschutz einschließt, beinhaltet einen partizipativen Anteil. Es sollen in verschiedenen Orten Diskurse über die Risiken stattfinden.

7) „Es ist uns ein Herzensanliegen“ sagten Staatssekretärin Gila Altmann (BMU) und die damalige Abteilungsleiterin Ulrike Riedel (BMG) am 31.7.99 gegenüber den Organisationen aus dem Bündnis Umwelt und Gesundheit in Bonn

Die Realität spricht eine andere Sprache, als daß die Umweltverbände in die Lage versetzt würden, diesen Anforderungen zu entsprechen. Die seit 1999 angekündigte finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Bündnis Umwelt und Gesundheit scheiterte trotz drei Jahre langer Bemühungen⁷. Die Finanzausstattung für die NROs ist so dünn, dass Mitglieder im Beratungskreis zur Umsetzung des APUG privat auf den Reisekosten sitzen blieben. Die Blockade der Ressorts verhindert auch, dass integrierte Projektanträge (z.B. Bewegungsförderung) genehmigt werden.

Warum wird Gesundheitsförderung in der Laienbewegung kein Thema? Warum erreicht Gesundheit und Umwelt nicht die Laien-Mitglieder?

Das Engagement für den klassischen Umweltbereich (Naturschutz) ist offensichtlich anders motiviert (Ich-ferner) als das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Selbsthilfe. Hier fehlen kommunikative Brücken. Gesundheit ist dicht dran am Menschen, nicht weit draußen wie die Frösche, die es zu schützen gilt. Umweltbewegte als *„Potentielle Ideenträger sind motiviert, sich von einer Idee ansprechen zu lassen durch vorbestehendes Leiden und Not, durch Demütigungen und Unbehagen, deren Bewältigung eine Idee in Aussicht stellt. Menschen sind bereit, große Entbehrungen, Leiden und Belastungen in Kauf zu nehmen, die der Kampf um die Realisierung einer Idee abfordert. Entscheidend ist die Aussicht auf letztendlichen Erfolg der Idee oder zumindest die Gewißheit, mit der Idee für eine gerechte, wahre und wertvolle Sache zu kämpfen und sich so als Teil eines sinnvollen, zielgerichteten Prozesses zu erfahren. Der Mensch ist ein Wesen, das relativ leicht dafür zu gewinnen ist, sich mit einer Idee so stark zu identifizieren, daß seine Wünsche nach Glück, Wohlbehagen und Gesundheit ganz in den Hintergrund treten“* (17).

Für die öffentliche Vermittlung ist es wichtig, eine Alltagsorientierung in der Beschreibung von gesundheitlichen Risiken und Gefährdungen mit einer Beschreibung von sinnvollen Alternativen und gesundheitsförderlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu verbinden, um eine aktive Handlungsorientierung zu unterstützen und praktisches Engagement im Alltag zu fördern. Ein erhebliches Problem bereitet dabei die Vermittlung zwischen naturwissenschaftlichen Untersuchungs- und Beschreibungsformen (eine „sachlogische“ Beschreibung menschlicher Lebensbedingungen) und geistes- und sozialwissenschaftlichen Beschreibungsformen (eine „sinnlogische“ Beschreibung menschlicher Lebensvollzüge).

Im Hinblick auf menschliche Gesundheit und Erkrankung ist schließlich auch von erheblicher Bedeutung, ob wesentliche Ursachen eher innerhalb oder eher außerhalb vermutet und dort beeinflusst werden.

Blockierte Verhältnisse aufbrechen

Eine Beendigung der wechselseitigen Blockade würde bedeuten, dass sich Umweltthemen stärker auf die gesundheitsfördernde Seite der Verhältnisse und der Verhältnisprävention in ihrer Argu-

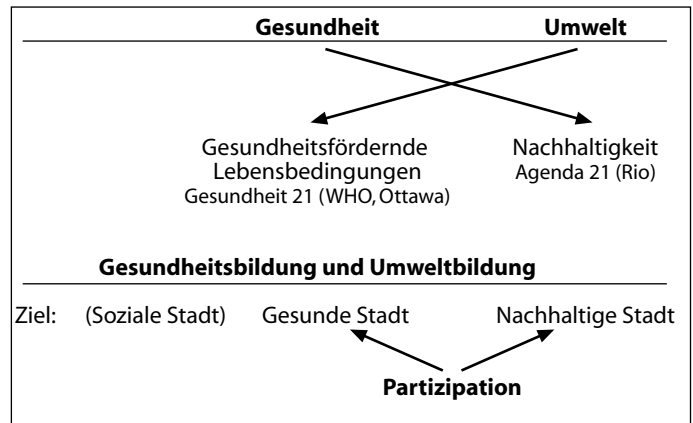


Abb.4: Wechselseitiger Austausch des Wissens und der Erfahrungen

mentation ausweiten würden, während sich Gesundheit um Nachhaltigkeit und die Leitbilder des Zukunftsfähigen Deutschland kümmern würde.

Die potentiellen Inhalte sind beschrieben in Gesundheit 21 durch die WHO und Ottawa, während die Agenda 21 durch Rio geprägt ist. Beiden gemeinsam ist die Partizipation, die als Vehikel für einen gesellschaftlichen Klärungsprozeß eingesetzt werden muss, um Weichen für die Zukunft zu stellen. Die WHO hat dazu Schlüsselbegriffe wie Ermöglichung (Enabling) und Befähigung (Empowerment) geliefert.

Gesundheitsbildung und Umweltbildung müßten integriert zusammenkommen, um die wechselseitigen Potentiale zu nutzen, damit gesundheitsfördernde Lebensbedingungen entstehen können (siehe Abb. 4).

Wie kann die Umweltseite motiviert werden, den Graben zu überbrücken und die Erfahrungen der Gesundheitsförderungsseite als Chance für die eigenen Ziele zu nutzen?

Vorschläge nach innen:

- Wenn die Umweltbewegung tatsächlich für und mit den Mitgliedern belebt werden soll, dann muss das tatsächliche Leben der Mitglieder zum zentralen Bezugspunkt gemacht werden. D. h. diejenigen, die Leitungspositionen im Verband einnehmen, müssen sich viel mehr mit der Frage beschäftigen, wer wann warum Mitglied geworden ist und welche Hoffnungen und Erwartungen mit dem Mitgliedsstatus verknüpft werden.
- Wenn die Umweltbewegung tatsächlich eine kritische Kompetenz in der Bewertung von umweltschädigenden Einflüssen auf dem jeweiligen Stand der Wissenschaften erhalten will, dann muss sie sehr viel bewusster und zielgerichteter ExpertInnen-Netze mit PraktikerInnen, kritischen Professionellen und WissenschaftlerInnen aufbauen und nutzen.
- Wenn die Umweltbewegung tatsächlich auch positive Gestaltungsvorschläge für eine menschenwürdige und nachhaltige Lebensweise entwickeln will, dann muss sie beteiligungsorientierte Verfahren entwickeln und praktizieren, in denen Maßstäbe für „good practice“ entwickelt und erprobt und Beispiele zur Nachahmung empfohlen und propagiert werden.

- Wenn die Umweltbewegung für ihre Mitglieder tatsächlich hilfreich sein will, dann muss sie ihnen auch für die persönliche Lebensgestaltung Nutzen erzeugen können. D. h. durch Informationen, Kontakte, Materialien, Gelegenheiten zum Austausch und für gemeinsame Aktivitäten, Unterstützung von Projekten, Förderung von öffentlichem Engagement, Rechtsbeistand, technische Hilfen, Aufwandsentschädigungen etc. einen erfahrbaren Nutzen erzeugen können

Eine Fokussierung auf wenige, integrierende große Themenstellungen hilft, der mentalen und sozialen Aufsplitterung der Aktivitäten in den Umweltverbänden entgegenzuwirken und das Gefühl von Gemeinsamkeit in den Kernzielen zu erhalten. Deshalb nicht 20 Arbeitskreise (wie z.B. im BUND), deren logisches und tatsächliches Verhältnis zueinander unklar ist, sondern vielleicht nur die folgenden 4 großen Aktionsbereiche:

- Naturschutz und die Rechte aller Lebewesen
- Umwelt- und gesundheitsverträgliche Technologie- und Wirtschaftsentwicklung
- Gesundheitsfördernde und nachhaltige Lebensweisen
- Globale Umweltgerechtigkeit und faire Lebenschancen für alle Menschen auf der Erde

Dies würde zu einer Bündelung von Aktivitäten beitragen, die sich sowohl verbandsintern als auch extern einfacher transportieren lassen. Innerhalb dieser Aktionsbereiche lassen sich je nach Bedarf und Interesse themenbezogene Arbeitskreise oder Ad-hoc-Gruppen, Fachleutkreise, Arbeitsgemeinschaften ansiedeln, aber sie würden durch ein professionelles Management des jeweiligen Aktionsbereiches durch die Bundesgeschäftsstelle immer zu der übergeordneten Thematik in Beziehung gesetzt werden können.

Der gemeinsame Wunsch, das umweltpolitische Engagement in einem Umweltverband nicht mit ständiger persönlicher Überforderung und gesundheitlichen Schäden oder dem Gefühl frustrierender Wirkungslosigkeit betreiben zu müssen, kann ein bedeutendes Motiv für die Suche nach einer entlastenden Bündelung der Kräfte und Aktivitäten und eine entschlossener Suche nach wirkungsvolleren, befriedigenderen und ergebnisreicheren Kommunikations- und Handlungsformen im Verband sein. Dieses gälte es zu nutzen.

Vorschläge nach außen:

Beteiligungsinstrumente mit verbindlichen Rechten

Für die Gesundheitsförderung schlägt der BUND-Arbeitskreis Gesundheit einen vergleichbaren rechtlichen Rahmen vor wie bei der Verbandsbeteiligung. Die Gesundheitsbewegung braucht Rechte wie sie sich in den 70-er Jahren die Naturschutzbewegung erkämpft hat. Als Denkmodell für eine demokratische Beteiligung kann der (alte) § 29 Bundesnaturschutzgesetz und die Verbandsklage herangezogen werden. Mit diesem Instrument erhielt der Naturschutz den gesetzliche Rahmen für die bürgerschaftliche Beteiligung. Die Beteiligung für die Umweltbewegung über den § 29 BNatSchG erweist sich zunehmend als einseitig und unzureichend, da er die Verbände in die "guten Schmetterlingsschützer" und die "bösen Verhinderer" von (vermeintlichen) Verbesserungen der Lebensqualität spaltet. (Beispiel Verbandsklage A 44). Der

Schutz der menschlichen Gesundheit und die Herstellung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen sind leider kein Belang zur Beteiligung der Umweltverbände, daher kann nur die Natur als Recht vertreten werden. Die NROs sollten die Möglichkeit erhalten, sich nicht nur am Naturschutz zu beteiligen.

Eine Weiterentwicklung der Beteiligung gehört nach den frustrierenden Erfahrungen der Agenda 21 auf die Tagesordnung. Andernfalls ziehen sich Bürgerinnen und Bürger wieder aus den Prozessen zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft zurück. Mit erweiterten Formen der Partizipation der Verbände werden lokal Menschen und die Ideen in ihren Köpfen in gesellschaftliche Prozesse eingebunden.

Es ist jedoch nicht abzusehen, woher die Kraft der Öffentlichkeit herkommen kann, sich in einer ähnlichen Art und Weise für ein gesundes Leben und gesundheitsfördernde Umweltbedingungen zu erstreiten. Der Versuch, Kräfte in einer Allianz für Gesundheitsförderung zu bündeln, führte nicht zum Durchbruch.

Die Zeiten haben sich jedoch seit den 70er Jahren geändert, die Bereitschaft, die Verbände und die Öffentlichkeit zu beteiligen ist zumindest verbal vorhanden. Die Diskussionen um den "aktivierenden Staat" und die Freiwilligenarbeit, das bisherige Ehrenamt, lassen hoffen und sind inhaltlich anschlussfähig an die Konzepte der WHO. Insofern könnte durch eine Anschubunterstützung des brach liegenden sozialen Kapitals der Laien zur Auflösung der Blockierungen eingesetzt werden.

Lokale Strukturen

Aktivitäten für eine gesunde Umwelt sind dort am wichtigsten, wo die Menschen leben, lieben, spielen und arbeiten, um die Ottawa Charta aufzugreifen.

Auch von lokalen Initiativen zur Agenda 21, vom Gesunde-Städte-Netzwerk, von der Sozialen Stadt und gesundheitsfördernden Settings sollen stärker Impulse zur Gesundheitsförderung unterstützt werden. Hier sollten lokale Kooperationen angestoßen werden. Leider fehlen bisher Materialien und personelle Ressourcen, um dies zu leisten und lokal Gesundheit und Umwelt stärker zu verzahnen.

Die Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen (NROs), aber auch der interessierten Öffentlichkeit, an Aktivitäten zur Gestaltung einer umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Gemeinde braucht Unterstützung durch neue lokale Strukturen und Beteiligungsinstrumente: für Gesundheit und Umwelt, für Lebensqualität und Wohlbefinden.

Dass fehlende lokale Strukturen ein Hemmnis bei der Durchsetzung von integrierenden Konzepten der Gesundheitsförderung sind, darüber bestand zwischen NROs und Ministerien/ Behörden (G0s) Einigkeit bei der Dreijahresbilanz des APUG am 5./6.6.2002 in Berlin. Angestrebt wird:

- *"Verstärkung der Bemühungen, das APUG auch auf kommunaler Ebene bekannt zu machen durch Herstellung eines direkteren Bezugs zur Lebenswelt (z.B. Wohnen, Mobilität, Arbeit)*
- *Verbesserung der Zusammenarbeit von Umwelt- und Gesundheitsbehörden auf Länder- und kommunaler Ebene*
- *Anknüpfung an bereits bestehende Organisationsstrukturen auf lokaler Ebene (Lokale Agenda 21, Gesunde-Städte-Netzwerk)*

sowie die Nutzung bereits bestehender nationaler Netzwerke anstatt lokale Aktionspläne Umwelt und Gesundheit aufzustellen - Schaffung von Hilfestellung und Anreizen für die APUG-Umsetzung auf lokaler Ebene, z.B. durch Förderung vergleichender Modellprojekte" (18).

Orte für Gesundheit und Partizipation

In Stadtteilen und Dörfern fehlen strukturelle und räumliche Orte für Partizipation, Kommunikation, Nachbarschaft, ökologische und Gesundheitsbildung, es fehlen Orte für Gesundheit als Angebote einer gesundheitsfördernden Infrastruktur (19). Orte, an denen gesellschaftliche Prozesse stattfinden können und unterstützt werden. Orte, an denen Laien außerhalb der erstarrten und lokal eingeschränkten politischen Parteien sich verständigen, wie sie sich eine gesundheitsfördernde Umwelt vorstellen.

Partizipation

Laien als Experten und Expertinnen ihres Alltags sind prädestiniert, aus ihrer Kenntnis des Alltags gesundheitsfördernde Lebensbedingungen zu entwickeln und zu transportieren. Es reicht nicht mehr, dagegen zu sein, sondern in integrierten Projekten müssen lokal neue Antworten entwickelt werden, wie sich die Gesellschaft denn ihre Zukunft vorstellt. Die Umweltbewegung als Laienbewegung ist eine geeignete Möglichkeit, in erprobten Verfahren der Beteiligung an erprobten Orten (Umweltzentren, Gesundheitshäusern, Mütterzentren, Stadtteilzentren, ...) Dialoge über ein gesundes Leben in gesunden Einrichtungen (Settings) zu beginnen. Dabei könnte auch herauskommen, dass die Leute Lärm und Autos einschließlich der Risiken akzeptieren wollen, um nicht ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten (schneller, weiter, höher) ändern zu müssen. Es kann aber auch sein, daß Alternativen gemeinsam in den Settings Konsens erfahren und die gegenwärtigen Konsumzwänge ersetzt werden. Langsamer, weniger, schöner, ein Leitbild des zukunftsfähigen Deutschland könnte eine gesellschaftlich akzeptierte Lebensweise werden. Die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit müssen der Öffentlichkeit bewußt werden, wie es sich das Schweizer APUG zum Ziel gesetzt hat. In den Handlungsfeldern (Mobilität, Natur, Wohnen) heißt es jeweils als Teilziele:

- bis zum Jahr 2002 sollen die Menschen wissen, daß Verkehr und Gesundheit zusammenhängt.
- Bis 2002 kennen 80 Prozent der Bevölkerung die Zusammenhänge von motorisiertem Verkehr, Immissionen und Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit.

Der AK Gesundheit des BUND sieht einen Diskurs über gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse als geeignet an, die Diskussion in der Umweltbewegung zu öffnen. Der Impuls des Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) wäre ein hilfreicher Ansatz, mit dem die Umweltbewegung die klassischen Themen an Hand des zukunftsfähigen Deutschlands weiterentwickeln könnte (20). Es gab seit der Veröffentlichung der TAB-Gutachten dazu keine Fachtagungen von oder mit den NROs, bei denen die Inhalte vorgestellt und diskutiert worden wären.

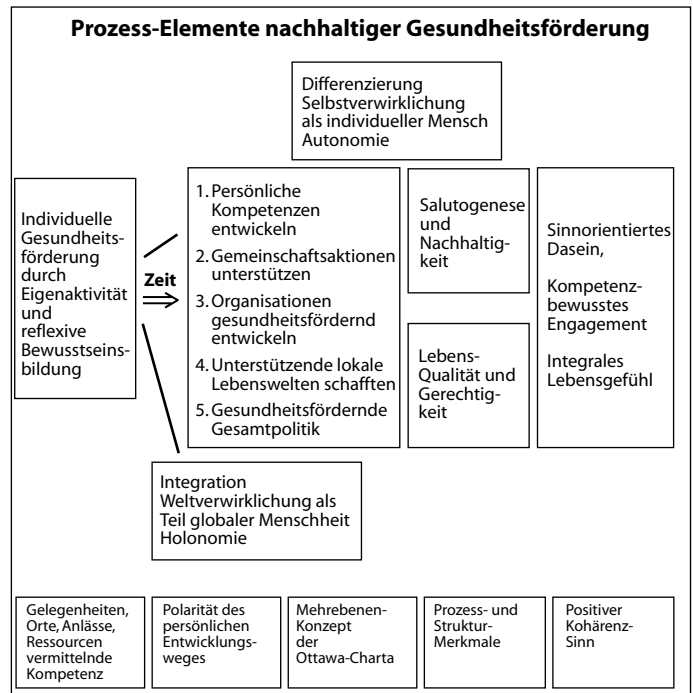


Abb. 5: Prozess-Elemente nachhaltiger Gesundheitsförderung ⁸

Bilder für Umwelt und Gesundheit

Gemeinsam sollten Bilder für Gesundheit und Umwelt, d.h. für eine gesunde Zukunft in einer gesunden Stadt, gesucht und gefunden werden. Es fehlt an Vorstellungen in den Köpfen und an Bildern in den Medien, was Umwelt und Gesundheit konkret für die kommunale Ebene bedeuten könnte. Immer wieder wird der gute Wille, ("aber wir machen zu Umwelt und Gesundheit dies oder jenes") vorgebracht, wenn auf die fehlende lokale Umsetzung von Umwelt und Gesundheit hingewiesen wird. Es bleibt ohne Bilder zu Gesundheitsförderung und Umwelt beim Nebeneinanderher.

Daten für Taten

Als Grundlagen für die lokale Arbeit und um zu entscheiden, welche Prioritäten für gesunde Lebensbedingungen lokal gesetzt werden sollten, wird eine aussagefähige lokale Datenlage zu Gesundheit und Umwelt benötigt. Informationen aus einer lokalen Gesundheitsberichterstattung müssten für die lokale Ebene bereit gestellt werden. Auf einer solchen Grundlage können lokal prioritäre Gesundheitsziele zu Umwelt und Gesundheit entstehen.

Fazit

Bisher sprang kein Funke über zwischen Gesundheitsförderung und Umwelt. Der Graben ist tief zwischen beiden Themen. Integrierte Programme müssen auf die klassischen Themen der Umweltbewegung erst noch eingehen, die Umweltbewegung

8) E. Göpel nach AK Gesundheit 29.6.2002

muss sich mit den Zielen der Gesundheitsförderung beschäftigen. Die verschiedenen Programme wie Gesunde, Soziale und Nachhaltige Stadt müssen wirksam vernetzt werden. Dazu bedarf es des politischen Willens und der Schaffung von lokalen und regionalen Rahmenbedingungen, von strukturellen und räumlichen Orten. Erst wenn die blockierten Verhältnisse aufbrechen, kann sich das Laien-Potential der Umweltbewegung für Gesundheitsförderung öffnen (siehe Abb. 5).

Nachweise

- (1) BUND/MISEREOR (1996): Zukunftsfähiges Deutschland, (Birkhäuser) Basel
- (2) SCHAEFER, G. (1998): Balanceakt Gesundheit, (Primus) Darmstadt: 40 ff.
- (3) NN (2002): Blockierte Republik: Wie Parteien, Verbände und Bürokratie die Gesellschaft lähmen, Der Spiegel 39
- (4) KLAGES, H. (2002): Der blockierte Mensch, (campus) Frankfurt
- (5) HEINZE, R. G. (1998): Die blockierte Gesellschaft, (Westdeutscher Verlag) Opladen
- (6) LÜTZ, M. (2002): Der blockierte Riese, (Droemer/Knaur) München
- (7) NAUMANN, M. (2002): Die Berliner Blockade. Geht nichts mehr außer einer Großen Koalition? Die Zeit. 5.Dez. 2002.
- (8) FEHR R., (1998): Handbuch Gesundheitswissenschaften, (Juventa) Weinheim: 468, 487
- (9) BMG/BMU (1999): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, (Eigenverlag) Bonn
- (10) PFAHL, G. (2002): APUG - Soziale Stadt - Gesunde Stadt, Vortrag am 26.6.02 an der TU Berlin, Institut für Gesundheitswissenschaften.
- (11) KLEIN, G. (2002): Aktive kommunale Gesundheitspolitik, Wechselwirkung & Zukünfte 2002 (H. 6): 36.
- (12) BASTIAN, T. (1998): Aktionsplan Umwelt und Gesundheit in Europa. Ein Diskussionsbeitrag zur „Europäischen Charta“ und zum „Helsinki-Plan“ der WHO, im Auftrag der IGUMED, (Eigenverlag) Bad Säckingen
- (13) ZIMMERMANN, I. & A. TROJAN (2001): Handlungsleitende Informationen zum Entscheiden und Planen, in: ALISCH, M. (Hrsg.): Sozial - gesund - nachhaltig, : 155
- (14) TROJAN, A., STUMM, B. & W. SÜSS (2001): Gesundheitsförderung als Gesamtpolitik, in: ALISCH, M. (Hrsg.): Sozial - gesund - nachhaltig, (Leske+Budrich) Opladen: 69
- (15) SRU (1996): Umweltgutachten. Kurzfassung
- (16) NN (2002): UMID Nr. 4: 7
- (17) WILLI, J. (1989): Ko-Evolution, (Rowohlt) Reinbek: 254
- (18) APUG (Hrsg.) (2003): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, Statusbericht 1999-2002, Dokumentation des Symposiums „Umwelt und Gesundheit gestalten: Drei Jahre Aktionsprogramm Bilanz und Perspektive, 5./6.6.2002 in Berlin
- (19) PFAHL, G. (2001): Orte in der Stadt unter gesundheitspolitischen Perspektiven. www.pfahl.org/gerda
- (20) TROJAN, A. & H. LEGEWIE (2001): Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung, Reihe Psychosoziale Aspekte der Medizin, (Verlag für Akademische Schriften -VAS) Frankfurt